



Düsseldorf, den 13.02.2013

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Berufskollegs vlbs nimmt den [Bericht](#), der von den Ministerinnen für Schule und Weiterbildung (MSW) sowie für Innovation, Wissenschaft und Forschung (MIWF) beauftragten „**Expertenkommission Berufskolleglehrkräftesicherung**“ zur Kenntnis und begrüßt ausdrücklich, dass viele vom vlbs eingebrachte Positionen von der Kommission konstruktiv aufgenommen worden sind.

Die Expertenkommission nahm im Frühjahr 2012 unter der Leitung von Prof. Heinz-Elmar Tenorth (Humboldt-Universität Berlin) ihre Arbeit auf. Bei der Besetzung ihrer Mitglieder wurden alle für die Fragestellung relevanten Bereiche berücksichtigt: namhafte Vertreter aus den beteiligten Wissenschaften, der Lehrkräftepraxis und den Universitäten gehören zur Kommission.

Der zweiteilige Auftrag an die Expertenkommission zielt zum einen auf eine Bestandsaufnahme der Situation im Lehramt an Berufskollegs und zum anderen auf die Weiterentwicklung der Lehrkräfteerkrutierung inklusive der Sicherung der Qualität der Ausbildung.

Schon die ersten Sätze des Berichts zeigen, dass der vlbs die bedrohliche Lehrermangel-Situation an Berufskollegs treffend analysiert und zu recht publiziert hat.

„Die Versorgung der Berufskollegs mit qualifiziertem Lehrernachwuchs ist zurzeit besonders in den Mangelfächern der gewerblich-technischen Fachrichtungen nicht gegeben. Angesichts der aktuell und unter unveränderten Bedingungen auch künftig erwartbar geringen Nachfrage nach Studienplätzen ist für dieses Lehramt langfristig mit einem Defizit der Lehrkräfteversorgung sogar über die aktuellen Mangelfächer hinaus zu rechnen.“

Für die **Mangelsituation** benennen die Kommissions-Experten folgende **Ursachen**:

- die primär fehlende Nachfrage durch Studieninteressierte, besonders in den Fächern Maschinen-, KFZ- und Elektrotechnik;
- unzureichendes Angebot von Studiengängen und -plätzen in den Gesundheits- und personenbezogenen Dienstleistungsberufen;
- fehlende oder unzureichende Abstimmung des Studienangebotes zwischen den Hochschulen;
- eine nicht hinreichende fachliche und personelle Absicherung in den beruflich zentralen und für die Qualitätssicherung wesentlichen Berufs- und Wirtschaftspädagogiken oder den beruflichen Fachdidaktiken;
- ausbleibende breite Anerkennung in den beteiligten technischen Fachwissenschaften und z.T. auch im Selbstverständnis der beteiligten Universitäten;
- fehlende Nutzung der Möglichkeit der Kooperation zwischen Universitäten und Fachhochschulen;

- Fehlen von zugänglichen Informationen und institutionalisierten Beratungsmöglichkeiten in den meisten Hochschulen. Ein Wechsel von einer FH zur UNI wird dadurch kaum kalkulierbar;
- Ausbleiben systematischer Lösungen. Rekrutierungsversuche von Quereinsteigern aus anderen Studiengängen oder Seiteneinsteigern aus der beruflichen Praxis sind Notmaßnahmen. Die dabei notwendige innerschulische Nachqualifizierung belastet zudem die Schulpraxis finanziell und personell;
- Werbemaßnahmen allein sind für die Problemlösung nicht ausreichend.

Die **Expertenkommission** empfiehlt **kurzfristige Maßnahmen** sowie **längerfristig angelegte strukturelle Veränderungen**. Die vorgeschlagenen Empfehlungen gehen weitgehend in die richtige Richtung. Teilweise müssen die Maßnahmen - nach Einschätzung des vlbs - konsequenter ausgeschärft werden.

Die Kommission schlägt vor: Kurzfristig sollen z.B. die Schulen im Kontext der OBAS-Maßnahmen finanziell und personell entlastet werden und Hochschulen sollen „beim Zugang in den lehramtsbezogenen Master Studienleistungen aus anderen als lehramtsbezogenen BA- Studiengängen (...) nach Fachaffinität stärker anerkennen“. Dies begrüßt der vlbs ausdrücklich. Hier gilt es aber zu beachten, dass originär auf Lehramt Berufskolleg Studierende beim Übergang in den MA nicht einem Verdrängungswettbewerb unterliegen.

Zudem empfiehlt die Kommission, dass neue Beratungssysteme aufgebaut werden und Modulstrukturen für den *nachgehenden* Erwerb von Leistungen nutzbar gemacht werden.

Die Implementation der angedachten Beratungs- und Anerkennungsbüros auf einer hochschulinternen Ebene wird der Problemlage nicht gerecht. **Der vlbs priorisiert hier die Einrichtung einer zentralen Beratungs- und Servicestelle für Fragen der Lehrerausbildung auf Landesebene und in jeder Universität.** Es ist von zentraler Bedeutung, dass potentielle Bewerber/innen auf Landesebene eine kompetente Beratungs- und Servicestelle haben, die einen Überblick über alle Studienmöglichkeiten hat und verlässlich rechtsichere Auskünfte geben kann. Auch für die Hochschulen hat diese Stelle eine wichtige Servicefunktion bei der Verknüpfung von Fach- und Lehramtsstudium. Eine derartige Beratungs- und Servicestelle muss auch in jeder Universität eingerichtet werden.

Als strukturelle Maßnahmen empfiehlt die Kommission u. a.:

- die Standorte der BK-Ausbildung regional neu zu profilieren. Ein wesentliches Qualitätsmerkmal ist dabei die Sicherung eines qualitativ hochwertigen fachlichen und v.a. bildungswissenschaftlichen und fachdidaktischen Angebotes;
- Aufbau von Verbunddidaktiken an Standorten, an denen eine geringe Studierendenzahl ein ökonomisch gerechtfertigtes Angebot von den Berufswissenschaften und Fachdidaktiken erschwert;
- Aufbau neuer berufsbegleitender und weiterbildender Masterstudiengänge, die durch Stipendiensysteme unterstützt werden;
- Kooperationen von Universitäten und Fachhochschulen;
- Aufbau handlungsfähiger Organisationsformen für die Entwicklungsarbeit in den Hochschulen und im Lande;
- das Studienangebot in einer Sonderziel- und Leistungsvereinbarung zu konzentrieren und dabei die Landesverantwortung zur Sicherstellung der Lehrerausbildung zu beachten. Die Steuerung über Sonderziel- und Leistungsvereinbarung als Einwirkungsmöglichkeit des Landes sieht der vlbs als nicht hinreichend an. **Die Landesregierung muss ihre Politikfähigkeit und Steuerungsfähigkeit in der Frage der Lehrerausbildung für Berufskollegs wieder erlangen. Deshalb schlägt der vlbs vor, dass neben dem Master-Abschluss auch eine unter bildungsökonomischen Steuerungsgesichtspunkten unabdingbare, aber stark verschlankte, neue Erste Staatsprüfung wieder eingeführt wird.** Die neue, schlanke

1. Staatsprüfung könnte in dem konsekutiven Studiengang mit Master-Abschluss als eine Teilprüfung in Form eines erziehungswissenschaftlichen Abschlusskolloquiums als letzte Prüfungsleistung in der Rechtsform einer Staatsprüfung durchgeführt werden. Wenn das Staatliche Prüfungsamt vom Prüfungsamt der Universität alle Prüfungsleistungen erhalten hat, lässt das Staatliche Prüfungsamt die Prüfung zum erziehungswissenschaftlichen Abschlusskolloquium zu. Die Absolventen/innen erhalten zum Abschluss ein Masterzeugnis und ein Zeugnis über die Erste Staatsprüfung. Damit ist dann gleichzeitig, ohne bürokratischen Aufwand, sichergestellt, dass die Lehramtsabschlüsse auch in allen 16 Bundesländern anerkannt werden.

Die Kommission hat das Anspruchsniveau, das sich an das Lehramt an Berufskollegs stellt, präzise herausgearbeitet. *„Insgesamt ergeben sich für die BK-Lehrkräfte sehr spezifische und anspruchsvolle fachliche, pädagogische und didaktische Anforderungen, die sich in den beruflichen Fachrichtungen schon wegen der sehr heterogenen Klientel deutlich von den Anforderungen in den Unterrichtsfächern der anderen Lehrämter unterscheiden und eine eigene Struktur dieses Lehramts erfordern.“*

Dem kann sich der vlbs nur anschließen. Um gerade deswegen für potentielle Bewerber für dieses Lehramt attraktiv zu sein, muss das Land deutliche Anreize schaffen. Insbesondere das **Eingangsamt A14** für Lehrerinnen und Lehrer an Berufskollegs, höhere Anwärterbezüge sowie eine Heraufsetzung der Verbeamtungsgrenze auf mindestens 45, besser 50 Jahre, wie in Hessen, wären geeignet, das Lehramt Berufskollegs für potentielle Bewerber interessant zu machen.

Nach einer ersten Analyse durch den vlbs enthalten der Bericht und die Empfehlungen der Expertenkommission einige richtige und wegweisende Ansätze auf dem Weg zu einer Lehrkräftesicherung für die Berufskollegs. Dass dies nur ein erster Aufschlag sein kann, wird daran deutlich, dass weitere, vertiefte Kommissionsarbeiten an verschiedenen Stellen des Berichts angedacht werden. Zudem ist es offensichtlich, dass es sich um einen Prozess handelt, der äußerst komplex ist. Dies zeigt sich auch an den Empfehlungen der Kommission an die Bildungsverwaltung, „ein eigenes, über die aktuelle Arbeit hinausgehende Berichts- und Prognosesystem zu entwickeln“ sowie „nach Ablauf von fünf Jahren nach der Einrichtung, eine wissenschaftlich extern getragene Evaluation durchzuführen“, die „neben den Effekten für die Sicherung des Bedarfs für das BK-Lehramt auch die Qualität der Ausbildung und die wissenschaftlichen Leistungen der beteiligten Hochschuleinrichtungen“ prüfen soll. Diesen Entwicklungsprozess wird der vlbs auch weiterhin konstruktiv begleiten.

Mit freundlichen Grüßen

Detlef Kühn

Wilhelm Schröder
vlbs Vorsitzender
SHDVLBS@web.de
mobil 0175 5220822

Detlef Kühn
vlbs Pressesprecher
detlef.kuehn@vlbs.de
mobil 016094956946